

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Rede von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Liedtke zum Neujahrsempfang für die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen am 18. Januar 2023**

Anrede,

Kommunen sind Kraftorte der Demokratie. In den Kommunen werden Entscheidungen getroffen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger ganz unmittelbar betreffen und zugleich in das ganze Land hineinwirken.

Sie, liebe Frauen haben diese Entscheidungsprozesse mitgeprägt, ob es um Kitas, Kultur, Sport, öffentlichen Nahverkehr oder Kommunalfinancen geht. Mit Ihrer Arbeit sorgen Sie für ein gut funktionierendes verlässliches Gemeinwesen, für attraktive Dörfer und Städte, in denen alle gut zusammenarbeiten können, Sie stärken den Zusammenhalt und damit unsere Demokratie. Sie tun das alles im Ehrenamt, Sie engagieren sich, weil sie sehen, was zu tun ist, was vielleicht noch besser werden kann und weil Sie zuversichtlich sind, dass Sie etwas bewirken können mit Ihrer kommunalpolitischen Arbeit.

Viele von uns Abgeordneten im Landtag wissen ganz gut, wie viel Kraft, wie viel diplomatisches Fingerspitzengefühl und Durchsetzungsfähigkeit, wieviel Ausdauer und Geduld man dafür braucht, denn viele von uns kommen selbst aus der Kommunalpolitik. Die Demokratie zur eigenen Sache zu machen – das ist es, was Kommunalpolitikerinnen tun und worum es geht: Sich um die eigenen Angelegenheiten kümmern. Und wenn man sich anschaut, wie Brandenburger Dörfer, Städte, Gemeinden und Landkreise durch die Krise kommen, dann begegnen einem viele Geschichten des Gelingens, Geschichten, die Sie alle mitgeschrieben haben. Ich empfinde große Hochachtung vor Ihrer Arbeit und möchte die Gelegenheit dieses Neujahrsempfangs gerne nutzen, um Ihnen von ganzem Herzen Dank zu sagen.

Es ist wichtig und ganz unverzichtbar, dass Frauen wie Sie im Land Brandenburg Politik machen – damit wir gut durch die Krisen kommen, damit wir in Brandenburg eine lebenswerte Zukunft gestalten für uns und die Generationen, die nach uns kommen.

Aber noch immer entscheiden viel zu wenig Frauen über die Geschicke ihrer Kommune. In kleinen Kommunen gibt es noch immer Gemeinderäte ganz ohne Frauen und in der Kommunalpolitik Brandenburgs machen die Frauen gerade einmal 25 % aus. Das müssen und das können wir ändern. Und das geht nur miteinander gerade in schwierigen Zeiten.

Das zurückliegende Jahr war alles andere als einfach. Corona noch nicht vorbei, dann der Krieg in der Ukraine, gefolgt von Energiekrise, Inflation, Folgen des Klimawandels mit extremer Trockenheit, Waldbränden, Umweltkatastrophe an der Oder; die Krisen kamen in kurzen Abständen und überlagerten sich. Soziologen sprechen von der Unvorhersehbarkeit, Undurchschaubarkeit der Verhältnisse. Der Philosoph Jürgen Habermas – inzwischen 91 Jahre alt – spricht von einer „neuen Unübersichtlichkeit“, von „Verstrickungszusammenhängen der Handlungsmöglichkeiten spricht der Soziologe Stephan Lessenich.

Wenn wir handeln zur Eindämmung der einen Krise verstärken wir oft eine andere. Es ist Dilemma. Wenn wir auf die Energiekrise mit fossilen Energieträgern reagieren, nehmen wir mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Kauf. Wir wollen Frieden in der Ukraine und liefern Waffen.

Wie kommen wir in dieser Lage in Städten, Gemeinden, Landkreisen und im ganzen Land zu zukunftsfähigen Entscheidungen? Wie bewältigen wir die Krisen, wie stärken wir Resilienz unserer Gesellschaft, unsere Fähigkeiten in Krisen angemessen und besonnen zu handeln? Wie schützen wir das Klima, sichern zugleich Arbeitsplätze und entwickeln unsere Wirtschaft? Wie sichern wir die Energieversorgung, wie die Mobilität? Wie sorgen wir dafür, dass alle gut leben können in unseren Dörfern und Städten, wie stärken wir unsere Demokratie? Wir alle können mit unseren individuellen Fähigkeiten einen Beitrag leisten. Ohne die Fähigkeiten, Perspektiven und das Engagement von Frauen geht das nicht.

Wir sind uns sicher einig: Wir brauchen Parität, in den Gemeindevertretungen, den Stadtverordnetenversammlungen, den Kreistagen und im Landtag. Auch wenn das Brandenburger Paritätsgesetz, das der Landtag am 31.01.2019 beschlossen hat, vom Verfassungsgericht des Landes gestoppt wurde - wir lassen uns nicht entmutigen und werden weiterarbeiten für Parität in der Politik.

Ein Gesetz ist eine wichtige Grundlage für Parität, aber wir müssen auch strukturelle Bedingungen ändern, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Was können wir tun? Zum Beispiel für die nächste Kommunalwahl einen Aufruf an alle Parteien und Wählerbündnisse starten, ihre Listen zu quotieren und bevorzugt Frauen als Direktkandidatinnen aufstellen. Das wäre schon ein wichtiger Schritt.

Für Kommunalpolitikerinnen ist oft schwierig, neben Beruf und Familie noch die Zeit aufzubringen für ein so anspruchsvolles Ehrenamt. Sitzungen, die am frühen Abend beginnen und sich über mehrere Stunden hinziehen, Ausschüsse und Versammlungen des Ortsvereins – da kommen schnell mehrere Abende pro Woche zusammen. Familien- und Sorgearbeit, Beruf und Kommunalpolitik sind oft schwer unter einen Hut zu bringen. Hier brauchen wir viele kluge Ideen z. B. in der Kinderbetreuung, für die zeitliche Planung von Sitzungsterminen – es muss doch nicht immer abends sein, wenn man die Kinder ins Bett bringen muss – Hybrid-Sitzungen, Video- und Audio-Sitzungen, wie wir sie im Landtag mit der Änderung der Kommunalverfassung ja längst beschlossen haben.

Laut einer Studie der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) mit mehr als 1000 Kommunalpolitikerinnen zeigten sich mehr als die Hälfte der Frauen unzufrieden mit einer politischen Kultur von Endlosdiskussionen, monologartigen Vorträgen, Grabenkämpfen, Profilierungssucht und dass Politik oft zu wenig an der Sache selbst orientiert ist. Das können wir einfach besser.

Und nach wie vor sagen Frauen, dass sie sich in der Kommunalpolitik als benachteiligt erleben. Ich denke, das müssen wir ernst nehmen und ändern. Das gilt auch, wenn Frauen automatisch Themen wie Familie und Schule zugewiesen werden, während die Männer im Verkehrs- oder Bauausschuss sitzen. Und immer noch machen Frauen in der Kommunalpolitik die Erfahrung, dass sie oft in Sitzungen nicht zu Wort kommen oder unterbrochen werden.

Das Gute ist: Debattenkultur kann man entwickeln man kann sie ändern. Da gibt es noch jede Menge Potentiale für die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Davon profitieren Frauen und Männer.

Wenn Kommunalpolitikerinnen Beleidigungen, Bedrohungen und anderen Angriffen ausgesetzt sind, dann ist das etwas, das einfach nicht zu uns passt, nicht zu unserer Demokratie auch hier haben wir Handlungsbedarf. Es kommt vor, dass Frauen sich deshalb nicht mehr zur Wahl stellen oder dass sie sogar ihr Amt aufgeben. Heute geben wir dem Thema Frauen in der Kommunalpolitik gemeinsam Raum. Sven Tetzlaff, Leiter der Abteilung Demokratie, Engagement und Zusammenarbeit der Körber-Stiftung wird uns in einem Referat „Frauen in kommunalpolitischen Ehrenämtern in Deutschland“ einige Inputs dazu geben.

Liebe Frauen,

wenn wir uns fragen, unter welchen Bedingungen die Bereitschaft entsteht, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen, dann sind es Selbstwirksamkeitserlebnisse, Erfahrungen von Mut und Zuversicht und Wissen, und neue interdisziplinäre Allianzen – zwischen Ehrenamtlichen im Sport, in der Kultur, in der Feuerwehr, zwischen KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, UnternehmerInnen. Lassen Sie uns diese Bedingungen weiterentwickeln und stärken. Lassen Sie uns neue interdisziplinäre Allianzen schmieden. Ich bin zuversichtlich, dass uns das miteinander gelingt. Dafür steht auch der heutige Abend.

Und ich freue mich auf das Referat von Herrn Sven Tetzlaff.